

Stadtrat will Feuerwehr reformieren

Zug Wie viele andere Vereine hat auch die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Zug Mühe, Nachwuchs zu rekrutieren. Die Stadt will nun Massnahmen erarbeiten, um den Feuerschutz auch in Zukunft zu gewährleisten.

Zoe Gwerder

zoe.gwerder@zugerzeitung.ch

«Die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Zug muss immer mehr Einsätze leisten mit immer weniger Leuten», erklärt Urs Raschle. Der Stadtrat steht dem Departement Soziales, Umwelt und Sicherheit vor und will nun handeln. Es scheint ihm ernst zu sein. So hat er es als eines seiner vier Departementsziele für das kommende Jahr definiert, die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Zug (FFZ) fit für die Zukunft zu machen. Konkret will er einen Massnahmenplan zur «Sicherstellung der Einsatzbereitschaft» erstellen, wie dem Budget 2019 zu entnehmen ist. «Wir müssen handeln und das strategisch angehen, bevor wir richtig grosse Schwierigkeiten haben», erklärt Raschle.

Besonders wichtig sei dies auch, da die FFZ neben ihren Aufgaben der Gemeindefeuerwehr auch die Aufgabe der Stützpunktfeuerwehr für den ganzen Kanton habe. Letztere rückt aus, wenn gemeindliche Feuerwehren Unterstützung benötigen – sei dies in Sachen Material oder Know-how. Bei Personenrettungen ist zudem immer die FFZ vor Ort. So erstreckt sich das Einsatzgebiet der FFZ über den ganzen Kanton. Entsprechend grösser ist auch die Wahrscheinlichkeit, dass zu zwei Einsätzen gleichzeitig ausgerückt werden muss. So wie im August 2017, als ein Unwetter Strassen und Keller flutete. Die FFZ wurde zu über 100 Einsätzen in einer Nacht aufgeboden – total rund 400 waren es über das ganze Jahr 2017 hinweg.

Mitgliederbestand schrumpft stetig

Eine der grössten Herausforderungen sei inzwischen, dass immer mehr Mitglieder entweder Arbeitsplatz oder Wohnung in



Die Freiwillige Feuerwehr Zug im Einsatz als Stützpunktfeuerwehr bei einem Verkehrsunfall.

Bild: PD/FFZ

der Stadt Zug hätten – nicht mehr beides. Eine erste Lösung dazu wurde bereits umgesetzt: das Alarmierungssystem Mocos (siehe Box). Eine weitere grosse Herausforderung ist die Rekrutierung neuer Feuerwehrleute. «Alleine in den vergangenen vier Jahren meiner Amtszeit ist der Bestand an Mitgliedern von 160 auf 140 geschrumpft.» Zu den besten Zeiten – das sei aber etliche Jahre her – seien es gar 350 Feuerwehrleute gewesen.

Wohin nun der Weg führt, ist offen. «Wir wollen den Fächer aufmachen und auch unwahrscheinliche Lösungsansätze zumindest anschauen», so Raschle. «Beispielsweise die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden oder eine Mischvariante aus dem aktuellen System und einer Berufsfeuerwehr.» Dass also jene Personen als Erstes ausrücken würden, die bei der Stadt für die Feuerwehr angestellt sind. Derzeit sind dies rund

ein Duzend Angestellte im administrativen Bereich und bei der Wartung – dadurch werden auch die Miliz-Feuerwehr-Leute entlastet, welche nicht immer den Arbeitsplatz verlassen müssen. Ein System mit Miliz- und Berufsfeuerwehrlern gibt es seit 2016 auch in der Stadt Luzern. Die Berufsfeuerwehr besteht dort aus 25 Personen.

Gemäss Raschle muss für die Lösung auch der gesellschaftliche Aspekt der Feuerwehr be-

rücksichtigt werden. So arbeitet die Stadt mit dem Verein FFZ zusammen. Präsidenten Roman Jenny findet es wichtig, dass die Stadt das Problem erkannt hat. Wörter wie «Berufsfeuerwehr» sind ihm aber ein Dorn im Auge. «Natürlich muss die Stadt dafür sorgen, dass es auch in ferner Zukunft noch eine Feuerwehr gibt. Aber es wäre schön, wenn diese im Milizsystem weitergeführt werden könnte.» Eine Berufsfeuerwehr sei für die FFZ

Mocos – das Alarmierungssystem

Mocos steht für «Modulares Kommunikationssystem» und ist im Kanton Zug seit etwas über einem Jahr im Einsatz. Das Alarmierungssystem wurde im Oktober 2017 eingeführt. Es lässt den Alarm nicht an alle Einsatzkräfte raus, sondern nur an solche, die voraussichtlich verfügbar sind und die für den Einsatz nötige Funktion haben. Wie der Feuerwehrinspektor des Kantons Zug, Roland Fässler, sagt, funktioniert das System gut. «Die Einführung haben wir erfolgreich hinter uns gebracht.» Insgesamt gingen über Mocos seit dem Start 549 Erstaufgebote raus. (zg)

kein Thema. Gleichzeitig räumt er ein, dass es in den vergangenen Jahren immer schwieriger wurde, Nachwuchs zu finden. Gerade in der Stadt sei wohl der hohe Anteil an Expats einer der Gründe. Ein anderer sieht er in der Tendenz, dass die Leute ihre Freizeit immer individueller und flexibler gestalten wollen.

Sollbestand wird in Zug unterschritten

Und gemäss Jenny ist auch schon klar, dass die aktuelle Mitgliederzahl von 140 – was dem neu festgelegten Sollbestand der FFZ entspricht – bereits nach der nächsten Generalversammlung unterschritten wird. «Das ist zwar kein akutes Problem, aber es wäre schön, wenn wir die 140 danach wieder erreichen würden.»

Stadtrat Urs Raschle will nun bis in einem Jahr die strategischen Leitlinien festsetzen. «Bis dann wollen wir wissen, wie wir die Feuerwehr weiterentwickeln und was dazu gemacht werden muss.»

Bauforum kritisiert Entscheid des Gemeinderats

Cham Unlängst hat der Regierungsrat entschieden, die Hochhäuser beim Alpenblick unter Denkmalschutz zu stellen. Die IG Alpenblick fechtet den Entscheid nun an, genauso die Gemeinde Cham. Gar kein Verständnis dafür zeigt das Bauforum Zug.

Hochhäuser, die zu unbewohnbaren Ruinen verfallen. Häuser, die verlottern. Konfrontiert mit dem Entscheid des Zuger Regierungsrates, die Hochhäuser beim Alpenblick unter Denkmalschutz zu stellen, malte Adrian Risi von der Risi Immobilien AG schwarz (Ausgabe vom 11. Dezember). Die Risi Immobilien AG ist Besitzer von Block 8, den sie abreißen und neu bauen wollte, was nun vorerst nicht möglich ist.

Die IG Alpenblick, in der nach Angabe Risis rund 80 Prozent der Besitzer der Häuser organisiert sind, will nun den Entscheid vor dem Verwaltungsgericht anfechten. Wie nun eine Nachfrage von «Zentralplus» bei der Gemeinde Cham ergab, hat

diese Gleiches vor. Sie bevorzugt weiterhin die Variante eines neuen Bebauungsplans und Erstellung einer Ortsbildschutzzone.

Gemeinderat sieht Eingriff ins Privateigentum

So sei der Gemeinderat doch etwas erstaunt über den Entscheid der Regierung gewesen, sagt Gemeindepresident Georges Helfenstein. Die Unterschutzstellung von 10 Wohnblocks wie auch die Schutztiefe im Innenbereich gehe doch sehr weit. Und, so Helfenstein weiter: «Aus Sicht des Gemeinderates ist dies ein massiver Eingriff in das private Eigentum, der sich in diesem Umfang nicht rechtfertigen lässt.» Der Gemeinderat habe

sich deshalb an seiner Sitzung vom 11. Dezember einstimmig auf einen Weiterzug des Entscheides geeinigt.

Kein Verständnis für diesen Entscheid hat man beim Bauforum Zug. Dieses setzt sich dafür ein, gutes Bauen im Kanton aktiv zu fördern. «Ich finde es schwierig, wenn auf gemeindlicher Stufe eine korrekte Arbeit auf kantonaler Stufe in Frage gestellt wird», so der Baarer Architekt Oliver Guntli, der für die Kommunikation beim Bauforum zuständig ist. Aber leider entspricht der Entscheid auch der Haltung des Chamener Gemeinderates bei anderen Unterschutzstellungsverfahren. Zudem zeigt sich Guntli überrascht davon, dass

Helfenstein sagt, er sei etwas erstaunt über den Entscheid des Kantons. «Schliesslich kannte der Gemeinderat den entsprechenden Bericht der eidgenössischen Denkmalkommission.»

Bauforum für eine Sanierung

Guntli selbst ist Miteigentümer einer Wohnung in Haus 6, das vor vier Jahren saniert wurde. «Eine solche Sanierung, die das Erscheinungsbild und damit den Denkmalschutz nicht tangiert, wäre auch in den anderen Häusern möglich», findet er. Denn Baukultur heisse nicht, dass man beliebig abreißen dürfe. «Deshalb ist eine starke Denkmalpflege wichtig und wir begrüssen den

Regierungsentscheid», so Guntli. Letztes Jahr, erwähnt er, sei eine Wohnung in Haus 6 zu einem marktüblichen Preis verkauft worden. Adrian Risi wiederum hatte prognostiziert, eine Sanierung würde Millionen kosten und die kleinen Wohnungen, die daraus entstehen, würde niemand mieten wollen. «Dass eine Sanierung, wenn viele Jahre lang nichts gemacht wird, anschliessend etwas kostet, ist klar», so Guntli. Dass man aber keine Mieter mehr finde, müsse nicht sein.

Auch das Argument Risis, dass Gutachten ergeben hätten, dass die Sanierung in Sachen Energie, Erdbebensicherheit und Behindertengerechtigkeit mit der Gebäudesubstanz nicht möglich

sei, lässt er nicht gelten: «Der Energieverbrauch ist gar nicht so gross. Saniert man das Dach und die Fenster, ist schon viel getan», so Guntli. Zudem könnte man um bauphysikalische Probleme in den Griff zu bekommen, auch vom Energiegesetz abweichen. Zusammengefasst seien auch mit der Unterschutzstellungstellung also Sanierungen möglich. «Wie die Modernisierung von Küchen und Bädern.» Lediglich bei den Wohnungsstrukturen stosse man an Grenzen. Es gebe aber ein Kundensegment, dass die klassische Aufteilung schätze, sagt der Architekt.

Christopher Gilb
christopher.gilb@zugerzeitung.ch